

**Beschlüsse
des CDU-Landesausschusses
vom 27. August 2012
in Neumünster**

**DAS LAND. DIE KRAFT.
DIE ZUKUNFT.**

A graphic element in the bottom right corner showing a stylized, waving German flag (black, red, and gold horizontal stripes) partially obscured by a blue, folded paper-like shape.

Der Landesausschuss beschließt, eine Arbeitsgruppe „Perspektiven 2017“ einzusetzen. Die Arbeitsgruppe wird damit beauftragt, auf Grundlage der nachfolgenden Bestandsaufnahme des Landesvorstandes und der Ausarbeitung der Hermann Ehlers Akademie eine Wahlanalyse zu erarbeiten und daraus in enger Abstimmung mit dem Landesvorsitzenden Perspektiven und Maßnahmen für die kommenden Wahlkämpfe und für den Regierungswechsel im Jahr 2017 zu entwickeln. Die Ergebnisse werden dem neuen Landesvorstand in Vorbereitung der Klausurtagung im Februar 2013 vorgelegt.

Der geschäftsführende Landesvorstand schlägt als Mitglieder der Arbeitsgruppe vor: Torsten Geerds (Leitung), Landesgeschäftsführer Sven Müller, Natalina Boenigk, Kristina Herbst, Katja Rathje-Hoffmann, MdL, Norbert Brackmann, MdB, Claus Christian Claussen, Susanne Herold, Frederik Heinz, Peter Sönnichsen, MdL, Karl-Heinz Starck, Rasmus Vöge und Dr. Arne Wulff.

Der CDU Landesvorstand hat am 7. Juni 2012 beschlossen, eine Analyse zur Landtagswahl 2012 vorzulegen. Eine erste Bestandsaufnahme wurde dem Landesvorstand am 16. August 2012 vorgelegt. Die kritischen Ergebnisse der Bestandsaufnahme sind:

1. Die Ausgangslage der CDU Schleswig-Holstein zu Beginn der Landtagswahl im Herbst 2011 war infolge der durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts verkürzten Wahlperiode sowie des kurzfristigen und unvorhergesehenen Wechsels des Spitzenkandidaten außerordentlich schwierig.
2. Die SPD startete im Vergleich schon sehr frühzeitig mit einer „weichen“ Kampagne („Mein Lieblingsland“) den Wahlkampf. Der Spitzenkandidat Torsten Albig konnte als „Stegner-Bezwinger“ seine Popularität und Sympathiewerte medial optimal verbreiten.
3. Die Bevölkerung war nach allen Umfragen zu Beginn des Wahlkampfes mehrheitlich unzufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Es gab einen fortwährenden Wechselwillen hin zu Rot-Grün.
4. Die CDU hatte während des gesamten Wahlkampfes keine gesicherte Machtoption. Auch aus diesem Grund wurde bewusst auf eine Koalitionsaussage verzichtet. Die FDP lag lange Zeit unter 5 % und drohte nicht wieder in den Landtag einzuziehen. Einer Großen Koalition erklärte der Spitzenkandidat der SPD frühzeitig eine Absage. Die Grünen hatten lange auf eine Koalitionsaussage verzichtet. Bis in den Februar 2012 hätte Schwarz-Grün eine mögliche Machtoption bedeutet. Der Spitzenkandidat der CDU hatte eine schwarze-grüne Option nicht ausgeschlossen. Dies wurde in der CDU jedoch strittig gesehen. Mit der Entscheidung des Spitzenkandidaten der Grünen Dr. Robert Habeck für ein Bündnis aus SPD, Grünen und SSW (Dänen-Ampel) kam diese Option dann allerdings nicht mehr in Frage.
5. Eine Ansprache der verschiedenen Zielgruppen ist nur zum Teil gelungen. Insbesondere die Wählergruppen „Senioren“ und „Selbständige“ haben, wenn auch in abnehmender Tendenz, die CDU gewählt. Bei anderen Wählergruppen, wie zum

Beispiel jungen Menschen, Migranten und dem Neuen Mittelstand, hat die CDU bedeutend weniger Stimmen erzielt. Seit der letzten Landtagswahl hat die CDU fast 100.000 Wähler verloren.

6. Die CDU war zu Beginn des Landtagswahlkampfes inhaltlich und thematisch nicht mehr breit genug aufgestellt. Stark wahrgenommen wurde sie zwar in den Themenbereichen der CDU-geführten Ressorts Finanzen, Wirtschaft und Innere Sicherheit, schwach hingegen bei Themen wie Soziales, Umwelt und Kultur. Es gab eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Arbeit des von der FDP geführten Bildungsressorts. Bei den Themen Bildung und Schule konnte sich die CDU nicht mehr von der negativen Wahrnehmung der FDP-geprägten Bildungspolitik lösen.
7. Die CDU hatte generell keine ausreichende thematische Vision neben der Haushaltskonsolidierung. Dazu mangelte es an einem städtischen Profil für die urbanen Lebensbereiche.
8. Die Wahlkampfkampagne konnte aufgrund des Spitzenkandidatenwechsels und eines in Absprache mit der Bundesgeschäftsstelle vorgenommenen Agenturwechsels nicht zeitgerecht festgelegt werden. Es fehlte ein funktionierendes Wahlkampfcontrolling. Verbesserungsbedarf bestand auch bei den Abstimmungs- und Steuerungsprozessen.
9. Die Auswahl der Kampagnenfarben (insbesondere „grün“) ist in der CDU diskutiert worden. Während Teile der Partei damit einen Kurs der Modernisierung und des Neustarts verbanden, wurde von anderen Teilen kritisiert, damit werde ein möglicher Koalitionspartner zu deutlich gekennzeichnet. Durch das Angebot mehrerer Farben ist ein einheitliches Bild der CDU nach außen zudem nicht gelungen.
10. Eine optimale Plakatierung konnte nicht flächendeckend erreicht werden. Das hing einerseits mit der verspäteten Auslieferung seitens der Agentur zusammen, andererseits aber auch mit der nicht mehr flächendeckenden Kampagnenfähigkeit der Partei.
11. Die Kommission wird aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Teilhabe der Basis gewährleistet werden kann.

Schlussfolgerung:

Um eine bestmögliche Aufstellung für die kommenden Wahlen zu gewährleisten, benötigt die CDU Schleswig-Holstein einen Neuanfang. Es ist unabdingbar, dass sich die Partei neu aufstellt. Hierbei müssen die Kreis- und Ortsverbände aktiv mit eingebunden werden.

Die CDU muss mit profilierten Personen wieder die gesamte Bandbreite an Themen einer Volkspartei abdecken und inhaltliche Diskussionen offen und konstruktiv zulassen. Es geht nicht darum, die bisherigen Themen der CDU zu ersetzen, sondern darum, das Themenangebot zu erweitern. Dazu gehören auch Themenbereiche wie soziale Gerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Zusammenhalt der Gesellschaft und Zusammenleben der Generationen. Die CDU muss verstärkt auch wieder Leistungsträger, Familien, junge Menschen und Städter ansprechen.

Da auch in den kommenden Jahren wieder Wahlen anstehen (Kommunal-, Bundestags- und Europawahl), muss die CDU zügig mit dem Erneuerungsprozess beginnen. Auf der Klausurtagung im Februar 2013 sind die ersten Meilensteine zu setzen. Zuvor ist dem Landesparteitag am 24.11.2012 über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe zu berichten.

Die CDU muss sich um eine aktive Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsförderung kümmern und künftig ein stärkeres Augenmerk auf eine aktive Personalentwicklung legen.

Zudem muss die Kampagnenfähigkeit der CDU auf allen Ebenen sichergestellt werden. Dies beinhaltet eine Verbesserung der internen und externen Kommunikation, der Zusammenarbeit von Landes- und Kreisverbandsebene sowie der Wahlkampfplanung, Wahlkampforganisation und des Wahlkampfcontrollings. Es muss ein einheitliches Erscheinungsbild landesweit erreicht werden. Strukturprobleme auf Kreis- und Ortsverbandsebene, zum Beispiel bei der Plakatierung, müssen für die Zukunft zentral gelöst werden.

Für den geschäftsführenden Landesvorstand
Sven Müller
Landesgeschäftsführer

Beschluss des CDU-Landesausschusses vom 27. August 2012

Anträge zu TOP 2



Ifd. Nr.	Anträge	Beschluss
1.	<u>Junge Union:</u> Der Landesausschuss der CDU Schleswig-Holstein möge beschließen: Die CDU Schleswig-Holstein setzt einen Ausschuss „Parteireform“ unter paritätischer Vertretung der Vereinigungen ein, der dem Landesparteitag am 24. November 2012 eine erste Fehleranalyse sowie einen Katalog der hieraus resultierenden weiteren Reformmaßnahmen vorlegt.	Erledigt durch Beschluss TOP 2
2.	<u>Junge Union:</u> Auch vor einer umfassenden Wahlanalyse ist klar, dass große Defizite bei der Kommunikation nach Innen und Außen die Kampagne des Landesverbandes massiv erschwert haben. Die CDU Schleswig-Holstein beschließt daher als Sofortmaßnahme: 1. Einen permanenten und aktuellen Newsletter des Landesverbandes für alle Mitglieder und Interessenten einzurichten; 2. Zur Verbesserung des teilweise unprofessionellen Umgangs mit den neuen Medien einen Onlinebeauftragten der Landesgeschäftsstelle in Absprache mit der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein zu benennen, sowie einen Arbeitskreis „Netropolitik“ einzurichten.	Annahme in folgender Fassung: Die CDU Schleswig-Holstein wird im Rahmen der Neukonzeptionierung der Öffentlichkeitsarbeit einen regelmäßigen Newsletter für interessierte Mitglieder und Nichtmitglieder einrichten Onlinebeauftragter: Erledigt durch Zuordnung Pressestelle Einrichtung Arbeitskreis Netropolitik: Annahme

Beschluss des CDU-Landesausschusses vom 27. August 2012

Anträge zu TOP 2



Ifd. Nr.	Anträge	Beschluss
3.	<u>Junge Union:</u> Zehn Punkte für den Regierungswechsel 2017 Bei der vergangenen Landtagswahl erzielte die CDU Schleswig-Holstein mit 30,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950. Obgleich die Union stärkste Kraft wurde, markiert der 6. Mai 2012 in einer Gesamtschau des bürgerlichen Lagers einen Tiefpunkt in der Geschichte unserer Landespartei. Im Bewusstsein um ihr Potenzial und den Willen ihrer Mitglieder zur Verantwortung für unser Land beschließt die CDU Schleswig-Holstein daher: 1. In Kenntnis um die Komplexität der Gründe für das schlechte Ergebnis und die Langfristigkeit der vorzunehmenden Parteireform eine umfassende externe wissenschaftliche Aufarbeitung der Wahl-niederlage einzuholen, die auch auf empirisch erhobenen Daten basiert; 2. Sich angesichts der desaströsen Ergebnisse bei den Erstwählern stärker der jungen Generation zu öffnen. Obgleich die Zukunftsthemen Haushaltskonsolidierung und Bildung die Schwerpunkte bil-deten, musste die CDU hier sogar einen Abstrom gegenüber der Landtagswahl 2009 verzeichnen. Im Wissen darum, dass junge Themen wie Netzpolitik auch junge Köpfe brauchen, strebt die CDU Schleswig-Holstein daher an, bei Listenaufstellungen gleich welcher Ebene mindestens jeden fünf-ten Listenplatz mit einer Person unter 35 zu besetzen; 3. In Anbetracht der mangelhaften flächendeckenden Plakatierung im Landtagswahlkampf eine zentra-lisierte und professionalisierte Plakatierung zu prüfen; 4. Die Leistung der Mandatsträgerabgaben ab der Landesebene offen zu legen;	Ablehnung; Verweis auf vorliegendes Arbeitspapier der HES Überweisung an AG Perspektive 2017 Annahme Annahme in folgender Fassung: „ ... dem Landesvorstand offen zu legen“

Beschluss des CDU-Landesausschusses vom 27. August 2012

Anträge zu TOP 2



Ifd. Nr.	Anträge	Beschluss
	5. Eine paritätische Entsendung der Vereinigungen zu der Wahlkampfkommission einzuführen, sodass eine Wiederholung der teils kontraproduktiven Wahlkampflinie durch das Kontrollprinzip vermieden wird; 6. Durch die Funktions- und Mandatsträger verstärkt auch während der Legislaturperiode in den Wahlkreisen durch Plakate und öffentliche Veranstaltungen präsent zu sein; 7. Werbemittel und Dienstleistungen des CDU-Landesverbandes nicht nur an die Geschäftsstellen und Mandats- und Funktionsträger zu kommunizieren, sondern auch die Ortsvorsitzenden über die entsprechenden Angebote zu informieren; 8. Aufgrund der finanziell, personell und organisatorisch angespannten Lage vieler CDU-Verbände in den Städten über einen „Städte-Soli“ zwischen den Kreisverbänden nachzudenken; 9. Partizipationsmöglichkeiten für Nicht-Mitglieder zu schaffen; 10. Die Gesprächskreise für Nichtmitglieder zu öffnen und zu echten Think Tanks der Landespartei auszubauen. Sie müssen bei der Erarbeitung inhaltlicher Positionen eingebunden werden.	Annahme in folgender Fassung: Bei Einsetzung von Wahlkampfkommissionen ist die angemessene Beteiligung der Vereinigungen zu gewährleisten. Überweisung an die AG Perspektive 2017 Annahme mit der Ergänzung: ... unter Einbezug der örtlichen Kreisgeschäftsstellen... Überweisung an die AG Perspektive 2017 Überweisung an die AG Perspektive 2017 Überweisung an die AG Perspektive 2017

Für die Antragskommission:
Sven Müller, Landesgeschäftsführer

1. Die CDU Schleswig-Holstein steht zu dem Schutz und zu den Rechten nationaler Minderheiten, die durch die Landesverfassung garantiert werden. Die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe und die Sinti und Roma tragen zur kulturellen Vielfalt des Landes bei. Diese Politik hat die CDU in Schleswig-Holstein über Jahrzehnte entscheidend geprägt. So ist die CDU Ansprechpartnerin für die Belange aller nationaler Minderheiten im Land.

Genauso hat die CDU Schleswig-Holstein eine lange Tradition guter Nachbarschaft zu Dänemark. In der Regierungsverantwortung der CDU unter Ministerpräsident Peter Harry Carstensen sind viele neue Akzente in der schleswig-holsteinisch-dänischen Zusammenarbeit gesetzt worden.

2. Die CDU Schleswig-Holstein erkennt an, dass der SSW bei der Landtagswahl 2012 mit drei Abgeordneten unter Befreiung der 5 %-Hürde in den Landtag eingezogen ist. Dies sind vollwertige Mandate mit allen Rechten und Pflichten.
3. Aus guten Gründen hatte der SSW über Jahrzehnte hinweg Zurückhaltung darin geübt, mit seinen Mandaten den Ausschlag für eine Regierungsbildung zu geben oder sich selbst an einer Regierung zu beteiligen. Diese Praxis hat der SSW jetzt mit der Beteiligung an einer rot-grünen Regierung und der Bildung der „Dänen-Ampel“ verlassen. Damit ändert sich die Rolle des SSW als Partei in der Landespolitik auch im Verhältnis zu den anderen Parteien im Landtag.
4. In dieser Situation ist zu unterscheiden zwischen einer rechtlichen und einer politischen Bewertung.

Wir werden die rechtlichen Schritte beobachten, die aktuell gegen das Wahlergebnis der Landtagswahl 2012 im Hinblick auf den Sonderstatus des SSW unternommen werden und deren Auswirkungen und Folgen analysieren. Wir werden aber nicht selbst diese rechtliche Auseinandersetzung führen.

Umso intensiver werden wir die politische Auseinandersetzung mit dem SSW führen. Wir werden den Widerspruch deutlich machen zwischen dem eigenen Anspruch des SSW, Partei und Interessenvertretung für nationale Minderheiten der Dänen und der Friesen sowie Regionalpartei für den Landesteil Schleswig sein zu wollen und andererseits als Regierungspartei Politik für das ganze Land zu verantworten. Nur als Interessenvertretung und Partei nationaler Minderheiten ist die Befreiung von der 5%-Hürde und ihr Sonderstatus begründet worden. Und wir werden die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem SSW führen, der im Landtag eine konsequent linke Politik betreibt, die nicht unsere ist; das heißt mit mehr Schulden, mit Abschaffung des gegliederten Schulwesens und der Bildung anonymer Großkommunen.

Begründung:

Seit dem 12. Juni dieses Jahres regiert Torsten Albig mit einer Koalition aus SPD, Grünen und dem SSW. Der SSW wurde im Jahre 1948 als politische Interessenvertretung der dänischen Minderheit gegründet. Dabei schlossen sich auch die nationalen Friesen in Nordfriesland der Partei an. Seit 1955 sind die Parteien der dänischen Minderheit bei Landtagswahlen nach § 3 Abs. 1 S. 2 des schleswig-holsteinischen Landeswahlgesetzes von der 5 %-Hürde befreit. Seit der Wahlrechtsreform im Jahr 1997 ist der SSW mit der Zweitstimme auch im holsteinischen Landesteil wählbar.

Bereits nach der Landtagswahl im Jahre 2005 wurde die Diskussion über die Vollwertigkeit der Landtagsmandate des SSW in der Öffentlichkeit sehr intensiv geführt. Gefordert wurde eine größere Zurückhaltung des SSW in politischen Sachfeldern, die nicht direkt die dänische oder friesische Volksgruppe betreffen. Ebenso wurde die Befreiung des SSW von der Sperrklausel diskutiert, da sich der SSW mittlerweile infolge der Stimmen aus dem holsteinischen Landesteil nicht mehr als Minderheitenpartei definieren könne. Alle gerichtlichen Verfahren, den SSW von seinem Sonderstatus zu befreien und zukünftig als normale Partei zu behandeln, sind aber bislang nicht erfolgreich gewesen. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Befreiung des SSW von der 5 %-Hürde bereits aus formellen Gründen nicht zur Entscheidung angenommen.

Die CDU sieht es kritisch, dass sich der SSW noch vor der Landtagswahl am 6. Mai 2012 parteipolitisch an die SPD und die Grünen gebunden hat und jetzt Teil der Landesregierung ist. Damit hat der SSW eine Rolle eingenommen, die bislang nicht zu seinem Selbstverständnis als Interessenvertretung der dänischen Minderheit gehörte.

Insbesondere lehnen wir die inhaltliche Positionierung des SSW in weiten Teilen ab. Die „Dänen-Ampel“ steht für mehr Schulden. Bis zum Jahr 2019 wollen SPD, Grüne und die Partei der dänischen Minderheit über 700 Millionen Euro zusätzliche Schulden machen. Der SSW will das gegliederte Schulwesen abschaffen: Der Koalitionsvertrag der Dänen-Ampel schwächt das Gymnasium mit dem langfristigen Ziel der Abschaffung, während er die Gemeinschaftsschulen einseitig bevorzugt. Der SSW will die kommunale Selbstverwaltung in Dörfern und kleinen Städten beseitigen, er will anonyme Großkommunen. Der Koalitionsvertrag markiert den Einstieg in eine Gemeindegebietsreform. Dies alles ist für Schleswig-Holstein nicht gut.

Solange jedoch gerichtlich nichts anderes festgestellt wird, respektiert die CDU Schleswig-Holstein die Befreiung des SSW von der 5-% Hürde, die Vollwertigkeit der Mandate des SSW und seine Sonderrolle als Minderheitenpartei.

Art. 5 der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung stellt die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen unter einen be-

sonderen Schutz. Alle Minderheiten und Volksgruppen werden von uns in ihrem Bemühen unterstützt, ihre Identität zu wahren und zu leben. Denn diese gehören zur kulturellen Vielfalt Schleswig-Holsteins. Nicht mit der dänischen Minderheit, sondern mit der politischen Partei SSW führen wir die Auseinandersetzung.

Möglicherweise wird das Ergebnis der Landtagswahl vom 6. Mai 2012 vom schleswig-holsteinischen Landesverfassungsgericht überprüft werden. Bislange sind rund ein Dutzend Einsprüche gegen das amtliche Endergebnis der Wahl eingereicht worden. Nach Angaben des Landeswahlamtes sind darunter auch mehrere Widersprüche wegen der im Wahlgesetz geregelten Befreiung des SSW von der Sperrklausel.

Die CDU Schleswig-Holstein nimmt die Verärgerung über die Situation und die Bedenken, die gegen die Befreiung des SSW von der 5 %-Klausel bestehen, mit Verständnis zur Kenntnis. Für diese Verärgerung hat der SSW selbst gesorgt, indem er seine frühere Zurückhaltung aufgegeben hat, über die Regierungsbildung den Ausschlag zu geben. Dennoch wird die Vollwertigkeit der Mandate des SSW von uns rechtlich nicht in Frage gestellt.

Für den Landesvorstand
Ingbert Liebing, MdB
Stellv. Landesvorsitzender